

45. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 6. Dezember 2006

2 Tod eines Gefangenen in der JVA Siegburg

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung damit:

Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Situation in den Jugendstrafvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3032

Vizepräsident Edgar Moron:

Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Frank Sichau das Wort.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einer unserer Vorhalte in dieser ausgesprochen schrecklichen Angelegenheit – von Justizpanne, wie Sie es genannt haben, Frau Ministerin, kann überhaupt keine Rede sein – war die deutlich unzureichende Information der parlamentarischen Gremien. Leider muss ich auch heute feststellen, dass Sie hier nichts Neues zur Aufklärung und Information beigetragen haben. Im antiken Rom würde man sagen: „Nihil novi sub luna.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will das an vier knappen Sachfragen belegen.

Erste Frage: Zu welchem Zeitpunkt erfolgten die Alarme, und wann gab es entsprechende Interventionen des Vollzuges? – Ihre bisherigen Informationen sagen dazu nichts – nicht ein Wort. Sie setzen erst um 6:05 Uhr am 12. November 2006 ein, als der Häftling leider bereits tot war.

(Zurufe von der CDU)

Zweite Frage: Wurde eine Verträglichkeitsprüfung bezüglich der Zellengemeinschaft durch den Sozialdienst durchgeführt? – Auch das ist keine neue Frage, Herr Kollege Lehne.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Sichau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Möbius von der CDU?

Frank Sichau (SPD): Natürlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann gebe ich ihm das Wort.

Christian Möbius (CDU): Herr Kollege Sichau, stimmt es nicht, dass die Vollzugskommission des Landtages bereits am Mittwoch, dem 15. November 2006, in einer ersten Stellungnahme durch Herrn Mainzer umfassend informiert worden ist?

(Thomas Stotko [SPD]: Nein, das stimmt nicht! Das kann auch ich Ihnen sagen!)

Frank Sichau (SPD): Gut, dass Sie diese Frage stellen, Herr Kollege Möbius; denn sie gibt mir Anlass, das zu wiederholen, was ich Ihnen bei der gestrigen Sitzung der Vollzugskommission schon ganz deutlich gesagt habe. Herr Mainzer hat in der ersten Information nämlich nicht über die wesentlichen Alarme und die Intervention gesprochen.

(Beifall von der SPD)

Das sollte man hier auch ganz deutlich sagen. So ist das gewesen. Von wegen „umfassende Information“!

Dritte Frage: Gibt es spezifische Informationen über die Rufe des Gequälten in den Innenhof aus der Fassadendetektion – Frau Ministerin, Sie haben noch im Rechtsausschuss gefragt, was das denn solle; wahrscheinlich wissen Sie gar nicht, was Fassadendetektion ist –, und sind diese Aufzeichnungen inzwischen bei der Staatsanwaltschaft in Obhut?

Vierte Frage: Warum wurde nicht auch der ebenfalls verantwortliche und mindestens – ich betone: mindestens – ebenso einflussreiche Stellvertreter, Herr Neufeld, abgelöst?

All diese konkreten Fragen, auf die keine Antworten gegeben wurden, sind einfache Fragen. Sie können sich an dieser Stelle auch nicht hinter der Staatsanwaltschaft verstecken; denn es handelt sich um einfache Sachfragen und nicht um Fragen, die besonderer Untersuchung bedürfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Ministerin, wir haben Ihnen viele weitere Vorhalte gemacht, auf die ich noch zurückkommen werde.

Wie Sie wissen, waren Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers, Herr Innenminister Dr. Wolf und Frau Schulministerin Sommer bei dem schweren Vorfall in Emsdetten sehr schnell vor Ort. Sie sind für unsere Begriffe zu spät nach Siegburg gefahren. Hier kann man sich auch nicht darauf berufen, man wolle die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht stören. Das eine ist ein Paar Schuhe, und das andere ist ein anderes Paar Schuhe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem, was Sie eben gesagt haben, will ich Ihnen noch etwas vorhalten. Sie haben den Rechtsausschuss getäuscht.

(Zuruf von der CDU: Vorsicht!)

Im Unterschied zu heute Morgen haben Sie dort nämlich erklärt, Sie sähen für Maßnahmen keinen Anlass. Anschließend haben Sie diesen Ausschuss – um es einmal im Ruhrgebietsdeutsch zu sagen – genetzt und verschiedene Maßnahmen veranlasst.

Von den Angehörigen will ich jetzt nicht weiter sprechen; denn für eine Intervention ist es mittlerweile ohnehin zu spät, wie ich Ihnen schon im Rechtsausschuss gesagt habe. Zumindest ist aber festzustellen, dass Sie sich nicht darum gekümmert haben.

(Beifall von der SPD)

Alles in allem – das will ich hier ganz deutlich sagen – gibt es in diesem Staat Verantwortung: persönliche Verantwortung und politische Verantwortung. Und Sie tragen für diesen Foltermord in Siegburg ganz klar die politische Verantwortung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Darüber hinaus gibt es gegebenenfalls auch eine persönliche Verantwortung der einzelnen Beteiligten. Sie haben gerade darüber informiert. Im Rechtsausschuss dagegen haben Sie noch gesagt: Ich will keinen ans Messer liefern. – Das drückt eher das Gegenteil von persönlicher Verantwortung aus. Ich will gar nicht davon reden, dass man daraus auch den Aufruf zur Strafvereitelung interpretieren könnte.

(Zuruf von der CDU: Unerhört! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Ja, so ist das, Herr Hegemann. „Ich will keinen ans Messer liefern“, hieß es auf die Frage nach der Verantwortung. Und die Verantwortung muss in einem demokratischen Rechtsstaat getragen werden.

(Minister Armin Laschet: Ans Messer liefern?)

– Ans Messer liefern, ganz genau. Das war ein Bild, das die Verantwortung betrifft.

Das hohe Gut der Verantwortung im demokratischen Rechtsstaat versuchen Sie nun – wie weiland Jakob im Alten Testament – gegen das Linsengericht von personellen und baulichen Maßnahmen einzutauschen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Diese Ablenkung lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von der SPD)

Abgesehen davon dienen die gerade von Ihnen genannten Maßnahmen weitgehend nicht, wie vorgegeben, dem Jugendstrafvollzug. Es ist sehr bezeichnend, dass Sie gerade die abseitige Anstalt in Büren als zusätzliche Plätze genannt haben, ohne den Begriff Jugendstrafvollzug ausdrücklich zu erwähnen. Denn sie ist offensichtlich für den Jugendstrafvollzug nicht vorgesehen. Sie haben sie aber

mit in den Korb gepackt, um den Eindruck zu erwecken: Hier wird etwas für den Jugendstrafvollzug getan. Das ist offensichtlich in den meisten Fällen nicht so.

Sie haben Heinsberg genannt, aber – das sage ich auch in diesem Hohen Hause – diese Planung ist weitgehend fehl am Platze, weil sie die Jugend-U-Haft in Düsseldorf ersetzen soll. In Düsseldorf, Sie hören richtig. Eine Jugend-U-Haft für den Raum Düsseldorf gehört jedoch nicht nach Heinsberg, sondern in den Raum Düsseldorf.

(Beifall von der SPD)

Zu gegebener Zeit wird über solche Folgerungen eingehender zu debattieren sein. Es gilt jedoch: Jugend-U-Haft ist nach den gesetzlichen Vorgaben vor allem für 14- bis 16-Jährige weitgehend zu vermeiden. Wie Sie sich dazu verhalten, werden wir im Laufe dieses Tages noch in Bezug auf unseren Antrag zur Vermeidung von Jugend-U-Haft durch vertragliche Vereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe sehen.

Hier geht es aber hauptsächlich um politische Verantwortung. Dabei beziehe ich zusätzlich aufgekommene Stilfragen wie Werbung für Plagiatkommentare oder andere Veröffentlichungen zu „Auto und Recht“ gar nicht weiter ein.

(Beifall von der SPD)

Schließlich haben Sie eine Sondersitzung in der JVA Siegburg – hier meine ich den Besuch einer Delegation des Rechtsausschusses oder des Rechtsausschusses insgesamt – mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen in diesem Hause verhindert. Was Frau Ministerin Sommer, Herrn Ministerpräsident Rüttgers und Herrn Innenminister Wolf in Emsdetten recht war, sollte diesem Parlamentsgremium nicht versagt werden. Es wäre mit Sicherheit sensibel genug, mit der Arbeit der Staatsanwaltschaft in Bonn – nicht in Konflikt zu kommen. Leider kann sich auch die vom Rechtsausschuss beauftragte Vollzugskommission in diesem Monat nicht mehr vor Ort informieren. Es besteht erst im Jahr 2007 die Möglichkeit dazu.

(Christian Möbius [CDU]: Am 15. Januar!)

Zu dem billigen Vorwurf gegenüber der Öffentlichkeit, Herr Möbius, dass die Vollzugskommission in fünf Jahren nicht alle Anstalten besucht habe: Das ist bei 37 Anstalten und etwa 30 Nebenanstalten schier unmöglich. Sie hat ihr Mögliches getan; sie hat auch Siegburg besucht – allerdings in der Zeit von 1995 bis 2000. Mehr kann eine Parlamentskommission offensichtlich nicht leisten.

Ich komme wieder zu meinem Konzept zurück: Wir werden im Januar 2007 dort sein. Letztlich wird die Öffentlichkeit auch diese Fakten zutreffend zu werten wissen, und ein neues Jahr kann auch im Justizbereich deutliche Veränderungen nach sich gezogen haben.

Dem Antrag der Grünen können wir nur zustimmen. Das Parlament sollte bei der Benennung der Kommissionsmitglieder schon aus Gründen der Unabhängigkeit der Kommission selbstverständlich beteiligt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zusätzliche Ausführungen in dieser schwierigen Angelegenheit wird mein Kollege Jäger in seinem gleich folgenden Beitrag machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sichau.

Vizepräsident Oliver Keymis:

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3032**. Die Antragstellerin hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen deshalb nun über den Inhalt des Antrags ab. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Eine Schande für dieses Parlament!)

Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.